

Antrag G08: Schutz für palästinensische Geflüchtete

Antragsteller*in:

BV Steglitz-Zehlendorf, Ferat Kocak (Delegierter), Josephine Sahner (Delegierte) und weitere

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Schutz für palästinensische Geflüchtete**

2 Die Linke setzt sich im Bundestag und darüber hinaus dafür ein, dass Geflüchtete aus
3 Gaza und dem Westjordanland umgehend Asyl in Deutschland erhalten. Wir fordern die
4 Einrichtung eines speziellen Aufnahmeprogramms mit zusätzlichen Plätzen in
5 Erstaufnahmeeinrichtungen und die beschleunigte Bearbeitung von Asylanträgen für
6 Palästinenser*innen, um sie vor Abschiebung zu schützen und ihnen eine sichere
7 Zukunft in Deutschland zu ermöglichen.

8 Wir fordern zudem die Bundesregierung auf, die bisherige Praxis des BAMF zu beenden,
9 nachdem entsprechende Asylanträge nicht behandelt werden, weil die Lage in Gaza zu
10 unübersichtlich sei.

11 Die Linke unterstreicht diese Forderung durch begleitende Social-Media-Arbeit,
12 darunter Videos und Sharepics, sowie Flyer(vorlagen) und ggf. weiteres Material.

Begründung

Die Lage in den palästinensischen Gebieten ist katastrophal, ganz besonders, aber nicht ausschließlich im Gazastreifen. Die monatelange, genozidale Kriegsführung Israels hat nicht nur zu mehreren zehntausenden Toten geführt, sondern auch zur Zerstörung der Lebensgrundlage des allergrößten Teils der Bevölkerung. Mehrere UN-Organisationen dokumentieren in einem Bericht aus dem März diesen Jahres nicht nur von zwei Millionen Vertriebenen, sondern auch davon, dass bereits zum damaligen Zeitpunkt 2,13 Millionen Einwohner*innen von akutem Hunger bedroht waren, eine Zahl, die sich weiter verschärft haben dürfte. Neben Bombardierung, Zerstörung, Vertreibung und Hunger ist die Bevölkerung inzwischen durch begleitende Krankheiten bedroht, so wurde in Abwässern inzwischen das Polio-Virus nachgewiesen. Durchfallerkrankungen, Hautausschläge, Hepatitis A tauchen massiv auf, ganz zu Schweigen von der mentalen Belastung durch den Verlust von Angehörigen und durch die ständige Bedrohung durch militärische Gewalt selbst schwer verletzt oder getötet zu werden. Gleichzeitig wurden massiv bestehende Gesundheitseinrichtungen zerstört.

Diese Lagebeschreibung wird von dutzenden Hilfsorganisationen, Menschenrechtsgruppen und staatlichen Organisationen im Wesentlichen geteilt. Trotzdem stellt das Bundesamt für Migration und Flucht (kurz: BAMF) die Lage als unübersichtlich und lehnt es dementsprechend ab, Asylverfahren für Menschen aus den palästinensischen Gebieten einzuleiten. Den Geflüchteten bleiben maximal Kettenduldungen mit den entsprechenden Einschränkungen.

Als Linke haben wir uns richtigerweise für möglichst unbürokratische und schnelle Asyl-Lösungen für Geflüchtete aus anderen Krisenregionen eingesetzt, zum Beispiel für die vielen Geflüchteten nach dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine. Dieser Einsatz muss konsequenterweise auch für palästinensische Geflüchtete gelten. Mit diesem Beschluss würden wir uns die Forderung von Flüchtlingsräten aus verschiedenen Bundesländern zu eigen machen.

weitere Antragstellende

Daniel Kipka-Anton (Ersatzdelegierter, Linke Neukölln), Antonia Heinrich (Ersatzdelegierte, Linke Neukölln), Ellen Ost (Parteivorstand, Linke Jena), Maximilian Krippner (Co-Kreisvorsitz Linke Biberach an der Riß), Lea Knoff (Linke Leipzig), Julia Kaiser (Linke Leipzig), Florian Özcan (Linke

Heidelberg), Georg Heinen (Linke Aachen), Dominik Mazgaj (Linke Aachen), Kian Oebel (Linke Aachen), Darius Mikutat (Linke Hannover), Niklas Barth (Linke Frankfurt am Main), Ronja Gerstadt (Linke Berlin BV Mitte), Susanne Dzeik (Linke Berlin Kreuzberg), Carla ABmann (Fraktionsvorsitzende, Die Linke in der BVV Neukölln)